

Gemeindepost

Aktuelles aus unserem Keutschach/Hodiše

Ausgabe Februar 2026

SPÖ
KEUTSCHACH
AM SEE

Geheimvertrag

EXKLUSIV!

Koalitionsvereinbarung
zwischen
Team Keutschach u.
ÖVP - Liste Clement Leitner

Warum
Gerhard Oleschko
die bessere Wahl ist...



[Handwritten signature]

Liebe Keutschacherinnen und Keutschacher!

Wie kann eine Koalitionsvereinbarung ein Geheimpapier und noch dazu lustig sein?

Am 26. November 2025 schreibt die Kleine Zeitung, dass in Keutschach ein Geheimpapier mit brisanten Enthüllungen aufgetaucht ist.

Bei diesem Geheimpapier handelt es sich um die Koalitionsvereinbarung über die Zusammenarbeit bis zur nächsten Gemeinderatswahl 2027, abgeschlossen zwischen dem Team Kärnten/Keutschach und der ÖVP Keutschach.

Clement Leitner betont, laut Kleine Zeitung, „dass die Vereinbarung aus Sicht der ÖVP nicht mehr gültig ist, da Oleschko sie nicht einhält“. Von den fünf Punkten/Projekten im Abkommen, die seine Partei eingebracht hat, sei nur einer umgesetzt worden.

Wie reagiert Bürgermeister Gerhard Oleschko auf die Frage nach dem Dokument. Er sagt: **„DAS IST LUSTIG“** und stuft es anschließend als bloße „Absichtserklärung“ ein, deren Existenz er aber nicht bestreitet. Er sagt: „Wir haben uns mit Personen, mit denen wir uns gut verstehen, Gedanken gemacht, wie die Zukunft der Gemeinde am besten gestaltet werden kann“ und meint abschließend: **„Was wir uns mit der ÖVP ausmachen, geht niemanden etwas an.“**

Ich denke, da hat sich jemand demokratiepolitisch „verrannt“, denn der Wähler als oberster Souverän hat immer ein Recht zu erfahren, was jene Parteien, denen er seine Stimme gibt, vereinbart haben.

Nachdem auch wir als SPÖ-Keutschach mittlerweile über dieses Geheimpapier verfügen, sehen wir es als unsere demokratische Pflicht, Ihnen als Wähler das Geheimpapier zur Kenntnis zu bringen (siehe Seite 4 bis 6!).

Wenn ich persönlich das Geheimpapier/die Koalitionsvereinbarung aufmerksam lese, wird mir klar, warum dieses Geheimpapier hinter dem Rücken der Bevölkerung abgeschlossen wurde:

- Die Vereinbarung wurde am 3. März 2021 abgeschlossen. Der Termin für die Stichwahl zwischen mir als Amtsinhaber und Gerhard Oleschko war der 14. März 2021.
- Auf der letzten Seite unter Punkt 11. legt die ÖVP Wert darauf, schriftlich festzuhalten, „dass sie im Stichwahlkampf Herrn Gerhard Oleschko in Form von Zeitung austragen und einer Wahlempfehlung unterstützen wird“ – was ja auch passiert ist!
- Dafür erklärt sich Gerhard Oleschko unter Punkt 9. bereit, „das Amt des Bürgermeisters zum frühestmöglichen Zeitpunkt an einen ÖVP-Mandatar zu übergeben“. **Der frühestmögliche Zeitpunkt ist laut Gemeindeordnung der 1. März 2026.**



- In weiteren Punkten wird geregelt, dass bei Bürgerbesuchen (runde Geburtstage, etc.) stets ein ÖVPLer eingebunden wird, wie die Ausschüsse besetzt werden, wie bei der Jagdpachtvergabe abzustimmen ist, welche Projekte umgesetzt werden und wer der Steuerberater der Gemeinde sein wird.

Wie sieht die Bilanz der ÖVP/Team Kärnten-Koalitionsregierung nach fünf Jahren gemeinsamer Zusammenarbeit aus:

- ÖVP-Obmann Clement Leitner selbst gesteht ein, dass von fünf Projekten im Abkommen nur eines umgesetzt wurde. [Kleine Zeitung, 26.11.2025]
- Team Kärnten/Keutschach-Obmann Gerhard Oleschko hat es wieder einmal „geschafft“, zwei seiner Mandatare derart vor den Kopf zu stoßen, dass sie seinen Vorgaben, wie abzustimmen ist, nicht mehr mit der von ihm gewünschten Loyalität Folge leisten.
- Auch sein einstiger Wahlhelfer, Team-Kärnten Chef Gerhard Köfer, hat die Zusammenarbeit mit Gerhard Oleschko „vorerst auf Eis gelegt“ und sagt im Interview mit der Kleinen Zeitung am 1.2.2026 - angesprochen auf die Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern Scheider und Oleschko - **„was sich danach abgespielt hat, hätte ich mir nicht einmal in meinen kühnsten Vorstellungen ausmalen können.“**

Zusammenfassend kann gesagt werden: Diese Koalition ist gescheitert – es waren bisher fünf mehr oder weniger verlorene Jahre für Keutschach!

Der Vergleich macht Sie sicher

Bei der massiven Wahlempfehlung für die Bürgermeisterstichwahl zwischen Amtsinhaber Karl Dovjak und Gerhard Oleschko schreibt Clement Leitner Anfang März 2021 unter anderem:

„Wie wir wissen, steckt in unserer Gemeinde ein riesiges Potential, welches leider nicht ausgeschöpft wurde und unsere touristischen Aushängeschilder insbesondere der Py-

ramidenkogel müssen auf Vordermann gebracht werden.“ Wir nehmen die Aufforderung von ÖVP-Obmann Clement Leitner wohlwollend auf und schauen uns gemeinsam an, was unter Bürgermeister Dovjak (2015 – 2021) und im Vergleich dazu unter der Koalitionsregierung Bürgermeister Gerhard Oleschko und ÖVP-Obmann Clement Leitner (2021 – 2026) am Pyramidenkogel gemacht wurde:

Bgm. Karl Dovjak (2015 – 2021)	Bgm. Gerhard Oleschko und VzBgm. Clement Leitner (2021 – 2026)
Erster Adventmarkt (2015)	
Erster Ostermarkt (2015)	
Rückkauf der 51% Landesanteile	
FLY-100-Abseilaktion	
Beleuchtung KAC rot/VSV blau (2017)	
Erster, internationaler Turmlauf (2018)	
Busverbindung zwischen See und Berg	
TOP-3 Karte mit Minimundus und Schifffahrt	
Einhausung des Turmes (Windschutz)	
3-D-Bilder am Parkplatz (Udo Jürgens etc.)	
Dr. Karl Schnabl-Fitnessweg	



Wir freuen uns, wenn Ihnen eine erwähnenswerte Maßnahme einfällt, die in den letzten fünf Jahren von der Team Kärnten/ÖVP-Koalitionsregierung am Pyramidenkogel umgesetzt wurde.

Bitte schreiben Sie mir [dovjakkarl@gmail.com] – wir veröffentlichen es gerne in der nächsten Ausgabe der SPÖ-Gemeindepost.

Wir als SPÖ-Keutschach haben mit mir als Bürgermeister (2015 – 2021) nicht ein, sondern unzählige Projekte umgesetzt:

- Ortsdurchfahrt mit der maximalen Fördersumme von € 500.000,-
- Neugestaltung Bad Rauschelesee mit der maximalen Fördersumme von € 250.000,-
- Ankauf der 1.500 m² großen Seeliegenschaft „Alt-Wien“, Kauf des Naturidylls Obiltschnigteich mit einer Gesamtfläche von 37.656 m²
- Eröffnung des neuen SPAR-Marktes im Frühjahr 2017
- jahrelanges, erfolgreiches Bemühen um einen Kassenarzt mit Hausapotheke

- Glasfaserausbau
- Eröffnung des Postpartnerbüros 15.1.2016
- Einstimmige Beschlussfassung über das neue örtliche Entwicklungskonzept
- Sanierung der Tennisplätze und des Sportstüberls
- Schaffung einer zeitgemäßen Friedhofinfrastruktur (neues Dach, Restaurierungsarbeiten etc.) u.v.m.

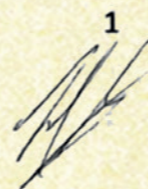
Wir werden auch weiterhin mit besten Kräften zum Wohle der Gemeinde arbeiten und für Transparenz und Ordnung in unserer Gemeinde sorgen.

Gemeinsam mit Ihnen werden wir alles dafür tun, um wieder **stolz auf Keutschach** zu sein!

Ihr Vizebürgermeister

Karl Dovjak

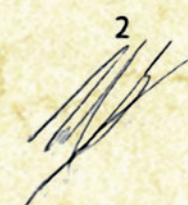
Telefon: 0664/128 29 91
E-Mail: dovjakkarl@gmail.com

1


Koalitionsvereinbarung über die Zusammenarbeit bis zur nächsten Gemeinderatswahl 2027

Abgeschlossen zwischen
Team Keutschach (TK), vertreten durch
Gerhard Oleschko, Gottfried Holliber und Philipp Lelja,
und ÖVP Keutschach (VP), vertreten durch
Clement Leitner, Jürgen Moser und Armin Safron
für den Zeitraum 03. März 2021 bis März 2027

1. Zusammentreffen eines Koalitionsremiums (KG) vor Entscheidungen
 - a. Vor jeder Vorstands (VS), Gemeinderatssitzung (GR), Personalentscheidung der Gemeinde Keutschach (Betrifft auch solche die nicht im VS oder GR behandelt werden müssen), vor jeder finanziellen Entscheidung der Gemeinde Keutschach hat dieses Gremium zu tagen und einstimmige Beschlüsse zu fassen. Sollten die Beschlüsse nicht einstimmig sein wird dieser Punkt nicht in der nächsten Tagung von VS oder GR behandelt und muss wieder zurück in das KG.
2. Abstimmungen im Gemeinderat, welche im KG behandelt worden sind, haben immer mit mindestens 10 Stimmen (5 VP und 5 TK) zu erfolgen.
3. Abstimmungen im Gemeindevorstand, welche im KG behandelt worden sind, haben immer mit mindestens 3 Stimmen (2 VP und 1 TK) zu erfolgen.
4. Bildung von Ausschüssen
 - a. Es wird mindesten 6 Ausschüsse geben.
 - b. VP bekommt den Vorstandssitz im Bau- und im Tourismusausschuss, in welchen die Landwirtschaft eingegliedert ist. Im Tourismusausschuss ist ein Unternehmerkomitee zu bilden.
 - c. Der Kontrollausschuss wird Frau Mag. Dorothea Seebacher als Vorstand übergeben.
 - d. Josef Mothe muss einen Sitz in einem Ausschuss seiner Wahl bekommen

2


5. Projektentwicklung

- a. VP
 - i. Bau – Recyclinghof
 - ii. Weiterentwicklung Pyramidenkogel
 - iii. Sanierung Abwassersystem
- b. TK
 - i. Bildungszentrum inkl. Seniorenheim und Motorikpark
 - ii. Asphaltierungsoffensive
 - iii. Ortsbelebung z.B. Geschichtsmeile
- c. Das Projekt Pfahlbauten wird größer geplant und aber erst angegangen, wenn die anderen 6 Projekte fertig geplant sind.

Diese Punkte sollen umgesetzt werden. Seitens jeder Fraktion besteht freier Handlungsraum für die Erstellung des Projektes, dem KG muss laufend der Arbeitsfortschritt berichtet werden.

6. Steuerberater

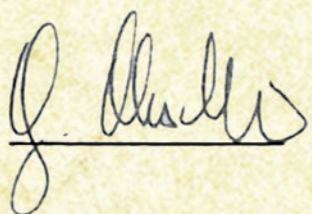
- a. VP stellt 3 Kandidaten inkl. Angebot vor
- b. KG muss dann eine Entscheidung treffen.

7. VP muss zu jeder Zeit Einsicht in die Gemeindekassen haben, bzw. Einsicht auf den Kontostand der Gemeinde Keutschach auf den Kontostand des Geschäftskontos des Pyramidenkogels.
8. Bei Bürgerbesuchen seitens des Bürgermeisters muss ein Kandidat der VP eingebunden werden
9. Herr Gerhard Oleschko erklärt sich bereit, das Amt des Bürgermeisters zum frühestmöglichen Zeitpunkt der Periode an einen VP Mandatar zu übergeben.
10. Die Jagdpachtvergabe 2021 bis 2031
 - a. TK und VP einigt sich darauf, im GR der Abstimmung des Jagdverwaltungsbeirates Folge zu leisten. Hier wird mit 5 Mandaten von TK und 5 Mandaten von VP der Empfehlung des Fachbeirates gefolgt. Somit erfolgt ein Beschluss mit einfacher Mehrheit. (10 von 19)
 - b. Weiters ist festzuhalten, dass bei einer Jagdpachtvergabe im alten Gemeinderat Herr Gerhard Oleschko und Herr Philipp Lelja dem Jagdbeirat mit ihrer Stimme folgen.

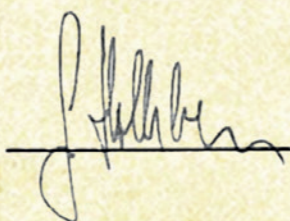
11. Die VP will festhalten, dass sie im Stichwahlkampf Herrn Gerhard Oleschko in Form von Zeitung austragen und einer Wahlempfehlung unterstützen wird.

Gezeichnet am 03.03.2021 in Dobeinitz, Keutschach am See

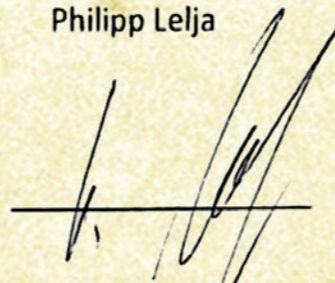
Gerhard Oleschko




Gottfried Holliber



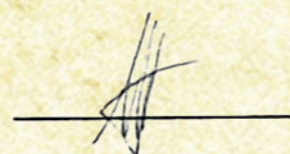
Philipp Lelja



Clement Leitner



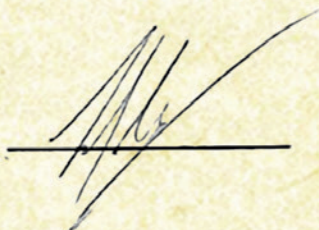
Jürgen Moser



Armin Safon



Vertrauensperson Josef Moser:



Handschlagqualität – jetzt auch ohne Vertragsbindung

Die Volkspartei Keutschach am See war sich im Wahlkampf sicher: Handschlagqualität hat einen Namen – Gerhard Oleschko. Das wurde gedruckt und als Wahlempfehlung in alle Haushalte getragen. Fünf Jahre später erklärt dieselbe Partei, die schriftliche Vereinbarung mit genau diesem Bürgermeister sei nicht mehr gültig. Offenbar endet Handschlagqualität dort, wo sie schwarz auf weiß festgehalten wird.

Im Vorfeld der letzten Stichwahl entschied sich die Keutschacher Volkspartei dazu, den derzeitigen Bürgermeister mit einer Wahlempfehlung zu unterstützen. Diese Unterstützung erfolgte auf Basis einer schriftlichen Koalitionsvereinbarung. In dieser Vereinbarung werden mehrere konkrete Punkte festgehalten. Ein zentrales Element war unter anderem die Übergabe des Bürgermeisteramtes an den Spitzenkandidaten der Volkspartei ein Jahr vor der nächsten Gemeinderatswahl. Ein Vorgang, der rechtlich zulässig ist und mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss auch umgesetzt werden kann.

In der Berichterstattung der Kleinen Zeitung vom 26. November 2025 zeigte sich jedoch ein deutliches Bild: Laut Zeitungsbericht wurde bislang lediglich einer von fünf vereinbarten Punkten eingehalten. **Noch klarer wurden die Aussagen des Parteibormanns der Volkspartei Keutschach am See selbst. Wörtlich erklärte er im Interview: „Aus unserer Sicht ist die Vereinbarung nicht mehr gültig, da Gerhard Oleschko sie nicht einhält.“**

Diese Feststellung stammt somit nicht von politischen Gegnern, sondern aus den Reihen des Koalitionspartners selbst. Umso bemerkenswerter ist dieser Befund im Lichte der Wahlempfehlung, die dieselbe Partei unmittelbar vor der Stichwahl an alle Haushalte der Gemeinde versandt hatte. Darin wurde aus-

drücklich zur Wahl des derzeitigen Bürgermeisters aufgerufen. Als zentrales Argument wurde mehrfach dessen angebliche „Handschlagqualität“ hervorgehoben. Es wird zum Beispiel geschrieben: „In diesem Zusammenhang [Anm.: der Vergleich von Karl Dovjak und Gerhard Oleschko] kommt mir augenblicklich ein Stichwort in den Sinn – Handschlagqualität.“

Handschlagqualität logischerweise vollständig entwertet. Denn wenn nicht einmal eine vertraglich fixierte Übereinkunft Bestand hat, wirkt die Charakterzuschreibung weniger wie eine nüchterne Einschätzung und mehr wie eine leere Floskel, die der Wahlempfehlung Inhalt und Rechtfertigung verleihen sollte.

Hinzu kommt ein weiterer Umstand, der der Angelegenheit eine gewisse unfreiwillige Spannung verleiht: In wenigen Tagen wäre genau jener Zeitpunkt erreicht, an dem die in der Vereinbarung festgehaltene Übergabe des Bürgermeisteramtes überhaupt möglich wäre. Man blickt dieser Frist daher mit besonderem Interesse entgegen. Aus schlichter Neugier, wie viel Handschlagqualität ein schriftlich fixierter Punkt womöglich tatsächlich entfaltet, wenn es ernst wird.

Gerade für den Koalitionspartner ergibt sich daraus eine ernsthafte Verantwortung. Wer im Wahlkampf persönliche Verlässlichkeit zum entscheidenden Argument erhebt, muss sich später auch an überprüfbaren Fakten messen lassen. Die nachträgliche Feststellung, eine Vereinbarung sei nicht mehr gültig, weil sie nicht eingehalten wird, wirft nicht nur Fragen an den Bürgermeister auf, sondern auch an jene Partei, die diese Unterstützung ausgesprochen und beworben hat. Transparenz gegenüber der Bevölkerung wäre nun geboten. Denn politisches Vertrauen entsteht nicht durch wohlklingende Zuschreibungen im Wahlkampf, sondern durch Konsequenz im politischen Handeln.



Vor diesem Hintergrund drängt sich ein mehr als offensichtlicher Widerspruch auf. Wenn nach eigener Aussage des Koalitionspartners eine schriftliche Vereinbarung mit klar definierten Punkten nicht eingehalten wird und deshalb als „nicht mehr gültig“ erklärt wird, wird der zuvor sehr häufig bemühte Begriff der

Politischer Narzissmus – wenn Macht zur Selbstinszenierung wird – ein Denkanstoß

In vielen politischen Systemen – von großen Weltbühnen bis hin zu kleinen Gemeinden – lässt sich ein Phänomen beobachten, das man als politischen Narzissmus bezeichnen kann.

Es ist ein Persönlichkeits- und Verhaltensmuster, welches auf einem fragilen Selbstwertgefühl beruht, das ständig nach äußerer Bestätigung und Bewunderung verlangt. Macht und öffentliche Aufmerksamkeit dienen dabei als Ersatz für innere Stabilität oder lenken von Selbstreflexion oder ungünstigen Persönlichkeitsstrukturen ab. Das politische Amt wird häufig mit der eigenen Person verschmolzen, sodass Kritik oder Meinungen anderer Politiker nicht als sachlicher Einwand, sondern als persönlicher Angriff erlebt wird.

Daraus entstehen typische Muster wie geringe Kritikfähigkeit, starkes Freund-Feind-Denken und die Tendenz komplexe Realitäten (Gesetze) zu vereinfachen oder zu umgehen. Gerne wird ein „Gegner“ geschaffen, welcher Schuld an allem Negativen ist, oder der verhindert was ohnehin nicht umsetzbar ist.

Gefährlich wird politischer Narzissmus, wenn Macht vor allem der

Selbstwertregulation dient: die Realität wird verleugnet, Kritik abgewehrt, Schuldzuweisungen an Andere getätigt, Entscheidungen zunehmend egozentrisch getroffen. Bedenklich wird es, wenn Kränkung, Macht und fehlendes Wissen oder Kontrolle zu Zusammenreffen. Erwartete Loyalität wird wichtiger als eigene Kompetenz. Wer widerspricht wird gemieden oder ausgeschlossen. Dieses Muster findet sich bei bekannten Persönlichkeiten wie Donald Trump oder Wladimir Putin, aber auch in so mancher Gemeindestube.

Wenn ein Bürgermeister sich immer wieder auf ein altes Prestigeobjekt beruft – etwa den Bau des Aussichtsturmes am Pyramidenkogel – mit wichtigen Projekten wie Neugestaltung Schule und Kindergarten zwar wirbt und sie erarbeiten lässt, jedoch dann nicht umsetzt (oder erst kurz vor der nächsten Wahl?), jede Kritik als persönlicher Angriff gewertet wird, dann ist der Weg in die Autokratie nicht weit. Wenn eine Gemeinde Aufträge ohne Vergleichsangebote vergibt, bevorzugte Firmen öfter zum Zug kommen und nicht nachvollziehbare Reisekosten abgerechnet werden, dann verliert ein Politiker seine

Glaubwürdigkeit. Rechtlich bedenklich ist es, wenn Gesetze nur selektiv angewendet werden, etwa wenn eine verordnete Einhebung einer Vergnügungssteuer nur vom eigenen Turmbetrieb eingehoben wird, während andere gleichartige Betriebe bis dato keine Vergnügungssteuer an die Gemeinde überwiesen haben, davon ausgenommen werden. Somit verschafft man sich durch Bevorzugung die Gunst der Wähler. Eine solche Ungleichbehandlung verstößt gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung und kann zu schwerwiegenden rechtlichen Konsequenzen führen. Der politische Narzissmus nährt sich aus der Illusion, durch eine dominante Person, unantastbar zu sein. Doch echte Stärke zeigt sich nicht in Selbstdarstellung und Verherrlichung der eigenen Person, sondern in Transparenz, Fairness, Zusammenarbeit und Verantwortung. Eine Gemeinde lebt von Vertrauen und der Arbeit und Meinung aller politischen Mitstreiter – und dies entsteht nicht durch Angst, sondern durch Offenheit.

Am Ende sollte Politik nicht der Bühne eines Einzelnen dienen, sondern dem Wohl aller.



Glühwein und Punsch mit Vizebürgermeister Karl Dovjak

Am 27. Dezember lud Vbgm. Karl Dovjak zu einer stimmungsvollen Winterveranstaltung ein. Bei Glühmost und Punsch sowie wärmenden Feuerschalen trafen sich zahlreiche Keutschacherinnen und Keutschacher, um gemeinsam eine gemütliche Zeit zu verbringen. In entspannter Atmosphäre wurde geplaudert, gelacht und der persönliche Austausch gepflegt. Die Veranstaltung wurde von den Besucherinnen und Besuchern sehr positiv aufgenommen und trug zu einem gelungenen Jahresausklang bei. Aufgrund der großen Zustimmung soll dieses gesellige Beisammensein auch im kommenden Winter wieder stattfinden. Die Einladung dazu wird erneut über die Weihnachtszeitung der SPÖ Keutschach erfolgen.

Leserbrief

Herr Bürgermeister!

Jahrelang habe ich zugeschaut und vieles geduldet, aber nach deinem verbalen Ausraster am 30. Juni 2025 habe ich mich dazu entschlossen, diese E-Mail zu schreiben.

Vier Gemeinderats-Perioden haben wir gemeinsam für Keutschach gearbeitet und dabei auch viele Projekte zum Wohle der Keutschacher Bürgerinnen und Bürger umgesetzt. Schon damals haben deine extremen Charakterzüge und egoistischen Alleingänge die Zusammenarbeit sehr schwierig gestaltet.

Versprechen, die du den Wählern in Gasthäusern, sehr oft in „betüberten“ Zuständen gegeben hast, haben sich leider in vielen Fällen als nicht umsetzbar herausgestellt. Sachen, die du voreilig versprochen hast, mussten von mir – als damaliger Vizebürgermeister – beim Land geprüft werden.

Erst Jahre später und nach vielen Gesprächen mit Keutschacher Bürgern habe ich von deiner schmutzigen Taktik auf der Bühne der privaten Haushalte erfahren. Denn, wie sich nun herausstellt, hast du mich für deine Dummheiten und leeren Versprechungen immer zum Sündenbock gemacht, damit du den Glanz nicht verlierst!

Ich werde auch noch heute von Gemeindemitarbeitern beschuldigt, auf eigene Faust Urlaube gestrichen zu haben und für angebliche Entlassungen verantwortlich gewesen zu sein! Sachen, die du damals als Gemeindevorstand entschieden hast und bei denen du mich als Vize immer vorgeschickt hast, da du – entschuldige den Ausdruck – dazu nie den Mumm hattest! Unangenehmen Punkten, die sich schlecht auf die Wählerstimmen auswirken, bist du ja immer schon gekonnt umgangen! Ich sage dazu nur – feige!

Seit nunmehr 11 Jahren habe ich mich politisch von dir getrennt und das war eine meiner besten Entscheidungen, die ich je getroffen habe!

Wie du weißt, verfolge ich immer noch die politischen Ereignisse, jeden Zeitungsartikel über deine Alleingänge, jede Kündigung, jeden deiner aus der Gemeindekasse finanzierten Profilierungspostwürfe (siehe auch Seite 10!). Ich muss dir aber auch gratulieren, dass du in einer sehr kurzen Zeit die jungen, leider politisch sehr unerfahrenen oder anders gesagt, teilweise desinteressierten ÖVP-Mandatare um den Finger wickeln konntest. Hut ab – das hast du wirklich perfektioniert!

Bei unserem Zusammentreffen am 30. Juni 2025 zur Wegerechtsverhandlung „Fortunaweg/Seeblickweg“, musste ich mir „diesmal unter vielen Zeugen“ von dir erneut vorwerfen lassen, dass ich dich ANGEZEIGT hätte! Diese dreiste öffentliche Anschuldigung weise ich mit Nachdruck zurück und bezichtige dich der Lüge! Ich habe noch nie jemanden angezeigt und habe auch weiterhin nicht vor, es zu tun.

Zukünftig rate ich dir, deine Worte meiner Person gegenüber mit Bedacht zu wählen. Denn wenn du dir so etwas wie am besagten Tag noch einmal (egal wo) leisten solltest, werde ich keine Kosten und Mühen scheuen, um rechtliche Schritte gegen dich als Privatperson einzuleiten und eine Unterlassungsklage wegen übler Nachrede sowie eine Verleumdungsklage einreichen!

Nun gilt es abzuwarten, ob du die versprochene vorzeitige Amtsübergabe an die ÖVP auch wirklich machen wirst! Das hast du ja vor der Stichwahl groß versprochen und sogar mit deiner Unterschrift bestätigt.

Eines deiner vielen Wahlversprechen, bei dem es nun wirklich keines Budgets bedarf und von dir leicht umzusetzen ist!

Gruß Florian Gabriel

Kündigung - Pachtvertrag Pyramidenkogel

Keutschach am See, am 09.01.2026

Betreff: Bestätigung des Einlangens der Kündigung – Pachtvertrag Gastronomiebetrieb Aussichtsturm Pyramidenkogel

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bestätigen den Eingang Ihrer ordentlichen Kündigung des Pachtvertrages vom 31.01.2013 betreffend den Gastronomiebetrieb im Aussichtsturm Pyramidenkogel, mit der von Ihnen erklärten Vertragsbeendigung zum 30.06.2026.

Das Gemeindeblatt – die etwas günstigere Parteizeitung

Warum eine Parteizeitung finanzieren, wenn es das amtliche Gemeindeblatt gibt? Es wird aus Steuergeld bezahlt, ergeht an jeden Haushalt und eignet sich hervorragend für Selbstlob, politische Abrechnung und anonyme Fanpost. Zwischen Müllabfuhr- und Veranstaltungsterminen erklärt der Bürgermeister, warum er alles richtig macht und warum jene, die ihm im Gemeinderat widersprechen, offenbar ein Problem darstellen. So wird aus einer amtlichen Information ein parteipolitisches Flugblatt. Auf Kosten aller.

Das amtliche Gemeindeblatt dient dem klaren Zweck der sachlichen, überparteilichen Information der Bevölkerung. Es soll über Beschlüsse, Projekte, Veranstaltungen und organisatorische Belange der Gemeinde informieren – nicht jedoch über politische Befindlichkeiten oder parteipolitische Bewertungen. Genau diese Grenze wird jedoch zunehmend überschritten.

Statt neutraler Berichterstattung finden sich wiederholt Inhalte, die politische Mitbewerber abqualifizieren oder Gemeinderatsmitglieder öffentlich kritisieren, sofern sie nicht im Sinne des Bürgermeisters handeln. Besonders fragwürdig ist die Veröffentlichung anonymisierter Le-

serbriefe, die nahezu ausschließlich Lob für den Amtsinhaber enthalten. Herkunft und Authentizität dieser Zuschriften bleiben unklar, ihre politische Stoßrichtung hingegen nicht. Problematisch ist dabei nicht, dass politische Positionen vertreten werden, sondern der Ort, an dem dies geschieht. Der Bürgermeister spricht im Gemeindeblatt nicht als Parteipolitiker, sondern als Amtsträger. Wer dieses Amt nutzt, um parteipolitische Inhalte zu verbreiten, vermischt bewusst Rolle und Funktion.

Hinzu kommt die finanzielle Dimension. Parteizeitungen werden üblicherweise über Inserate, Spenden oder Mitgliedsbeiträge finanziert – das Gemeindeblatt hingegen aus öf-

fentlichen Mitteln. Die Kosten, welche die Gemeinde beispielsweise im Jahr 2024 für die Weihnachtsausgabe des Gemeindeblatts zu tragen hatte, beliefen sich auf rund 6.000 Euro. Parteipolitische Inhalte darin bedeuten politische Werbung auf Kosten der Allgemeinheit.

Eine funktionierende Demokratie braucht somit eine klare Trennlinie zwischen Information und Meinung sowie Amt und Partei. Das amtliche Gemeindeblatt ist kein persönliches Sprachrohr und keine Bühne für politische Abrechnung. Die Frage ist nicht, ob Kritik erlaubt ist, sondern ob sie mit öffentlichen Geldern finanziert und mit amtlichem Absender verbreitet werden darf.

Zwei Brücken, ein Meter Abstand – und eine große Frage

In Keutschach stehen zwei Brücken nebeneinander, wie sie unterschiedlicher nicht behandelt werden könnten. Die Brücke „Paukersäge“ für den Autoverkehr erstrahlt seit über einem Jahr in neuem Beton. Direkt daneben befindet sich die hölzerne Fußgängerbrücke – abgesperrt, verwaist und seit Monaten außer Betrieb.

Wer hier unterwegs ist, lernt schnell: Motorisierte Mobilität hat Vorrang, Fußgänger brauchen Geduld. Dabei war die Ausgangslage bekannt. Die Brücke „Paukersäge“ musste saniert werden, ihre alte Holzkonstruktion war nicht mehr sicher. Diese Entscheidung war richtig und notwendig. Umso unverständlicher ist es, dass die unmittelbar angrenzende

Fußgängerbrücke im Zuge dieser Bauarbeiten nicht mitberücksichtigt wurde. Auch sie besteht aus Holz, auch ihr Zustand war offenbar kritisch. Das Resultat folgte prompt: Nur wenige Monate nach der Fertigstellung der neuen Autobrücke wurde die Fußgängerbrücke aus Sicherheitsgründen gesperrt. Seither ist sie nicht mehr benutzbar.



Für viele Bürgerinnen und Bürger bedeutet das Umwege, Unsicherheit oder schlicht Unmut – besonders, weil es sich um eine stark frequentierte Strecke rund um den Keutschacher See handelt. Die Situation wäre lösbar. Eine provisorische Reparatur oder eine fachgerechte Sanierung ist technisch überschaubar und könnte von einem regionalen Holzbauunternehmen rasch umgesetzt werden. Dass dennoch seit Monaten nichts geschieht, wirft Fragen auf. Der Appell richtet sich daher klar an den Bürgermeister: Verantwortung zeigt sich im Handeln.

Sicherheit darf nicht vom Verkehrsmittel abhängen. Wer Vernunft predigt, sollte sie auch umsetzen – im Interesse der Bevölkerung und im Einklang mit gesetzlichen Verpflichtungen. Eine gesperrte Brücke darf kein Dauerzustand sein.



Zum Arbeiten, nicht zum Streiten haben wir euch gewählt

Wie wichtig es ist, dass wir uns auf Regeln und Ordnung verlassen können, erleben wir beispielsweise tagtäglich im Straßenverkehr. Wir alle wissen, wozu es führen kann und würde, wenn jemand mit hoher Geschwindigkeit bei „Rot“ über die Kreuzung fährt oder trotz Gegenverkehr und Sperrlinie überholt. In beiden Fällen müsste der Autolenker, wenn er erwischt wird oder noch schlimmer, wenn es aufgrund dessen zu Unfällen kommt, mit schweren Strafen rechnen.

Wie wir uns im Straßenverkehr zu verhalten haben, ist in der Straßenverkehrsordnung geregelt. Es ist auch klar und deutlich geregelt, was passiert, wenn man sich nicht an die Regeln hält. Die Strafen und Konsequenzen (gerichtliche Verurteilung, Führerscheinabnahme, Geldstrafen, etc.) sind uns bekannt und daher sind die meisten von uns zu Recht bemüht, dass wir uns an die allseits bekannten Regeln der Straßenverkehrsordnung halten.

Auch in der Gemeinde und somit in der Kommunalpolitik gibt es zwei wesentliche gesetzliche Ordnungsvorschriften, einerseits die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung (K-AGO) und andererseits das Kärntner Gemeindehaushaltsgesetz (K-GHG), welches die Haushaltsführung (Budget, etc.) der Gemeinden regelt. Wenn wir uns an die Regeln halten, gibt es keinen unmittelbaren Grund für Streit und Auseinandersetzung. Auch bei der politischen Arbeit in unserer Gemeinde, welche sich im Wesentlichen in den Ausschüssen, im Gemeindevorstand und öffentlich im Gemeinderat „abspielt“ gibt es keinen Streit, so lange die politischen Spielregeln eingehalten werden.

Der oberste Schiedsrichter für die Regeleinhaltung ist in jeder Gemeinde der Bürgermeister. Wenn aber genau jene Person sich nicht an die Regeln hält, dann gibt es Streit.

Sie werden jetzt zu Recht fragen: Wo in unserer Gemeinde passieren Regelbrüche? Um sich ein besseres Bild zu verschaffen, eine kurze, nicht vollständige Auflistung:

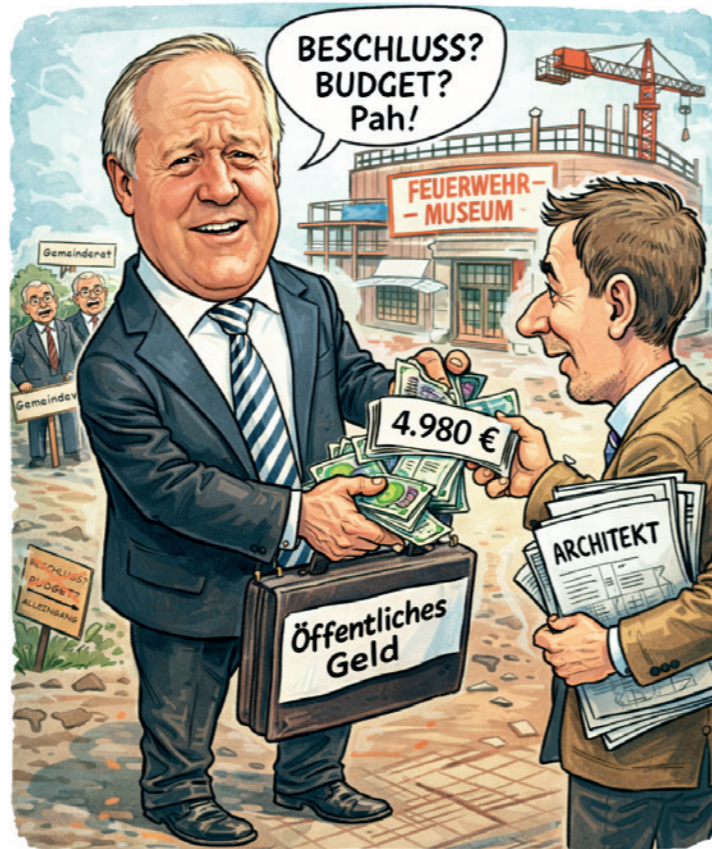
- Ständige Inanspruchnahme und Beauftragung von Rechtsanwälten ohne die erforderliche Beschlussfassung im Gemeinderat.
- Kein beschlossener Voranschlag 2024 trotz verlangter Sitzung am 30.04.2024 (erstmalig wurde dem Gemeinderat am 15.10.2024! vom Bürgermeister ein Entwurf für den Voranschlag 2025 vorgelegt).
- Keine gesetzeskonforme Umsetzung der Beschlüsse des Gemeinderates.
- Vergabe von Aufträgen über € 40.000,- ohne die erforderliche Beschlussfassung im Gemeinderat (Straßenbeleuchtung etc.).
- Keine Inkenntnissetzung des Gemeinderates über die Erledigungen der Gemeindeaufsicht.
- Keine Weitergabe der Gebarungseinschau – trotz Aufforderung der Gemeindeaufsicht.
- Keine zeitgerechte Übermittlung der Gemeinderatsprotokolle laut K-AGO.
- Nur drei statt der vier vorgeschriebenen Gemeinderatssitzungen im Jahr 2023.
- Keine zeitgerechte und somit gesetzeskonforme Ausschreibung von verlangten Sitzungen.

- Keine zeitgerechte und gesetzeskonforme Behandlung des Gemeindevolksbegehren „freier, öffentlicher Sezugang“ im Gemeinderat. Letztmöglichster Termin wäre der 16. Jänner 2024 gewesen!
- Keine Behandlung von an den Gemeindevorstand zugewiesenen Anträgen.
- Behinderung der Kontrolltätigkeit des Kontrollausschusses – keine Weitergabe von Belegen!
- Kein Nachkommen auf rechtzeitige Einberufung einer GR-Sitzung trotz letztmaliger Aufforderung der Gemeindeaufsicht.

Eines ist gewiss, hält man sich an die Regeln und ist man ehrlich bemüht, dass ordentlich gearbeitet wird, dann gibt es auch keinen Streit. Ob in einer Gemeinde die geplanten Projekte umgesetzt werden, hängt vor allem vom jeweiligen Bürgermeister ab. Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin ist die treibende Kraft, die hauptsächlich dafür verantwortlich ist, dass die Projekte umgesetzt werden und in der Gemeinde „etwas weitergeht“. Dass in unserer Gemeinde, bei der Umsetzung der geplanten Projekte, die tatsächlichen Ergebnisse sehr dürftig sind, ist traurige Tatsache und hinlänglich bekannt. **Aber, „die Hoffnung stirbt zuletzt“ - es kann eigentlich nur besser werden!**

Projektplanung ohne demokratische Umwege

Manche Projekte beginnen mit einer Idee, andere mit einer Überweisung. 4.980 € für die Konzeptplanung eines Feuerwehrmuseums wurden bereits getätigt. Ohne Beschluss, ohne Budget, aber dafür mit maximaler Eigeninitiative. Ordnung, Kontrolle und Mitbestimmung? Nur etwas für Demokratiefanatiker, die nicht wissen, dass es zu jeder Zieldestination auch Abkürzungen gibt.



Abermals hat unser Bürgermeister eigenmächtig ein Architekturbüro mit der Konzepterstellung für ein Feuerwehrmuseum beauftragt. Dabei wurde bereits ein Betrag von 4.980 Euro an einen Grazer Architekten überwiesen, ohne dass es einen Beschluss des Gemeinderates oder des Gemeindevorstandes gab. Für dieses Projekt oder die Projektplanung existiert zudem erneut kein beschlossenes Budget. Grundsätzlich spricht nichts gegen die Idee eines Feuerwehrmuseums. Es wäre jedoch selbstverständlich, dass eine derart öffentliche Initiative auf politischem Konsens basiert und die dafür erforderlichen Beschlüsse ordnungsgemäß gefasst werden. Der Alleingang des Bürgermeisters zeigt zum wiederholten Male, dass er durch eigenmächtiges Handeln ein konstruktives Miteinander erschwert. Die demokratischen Spielregeln werden bewusst missachtet, Kontrolle und Mitentscheidung ausgehebelt und öffentliche Mittel außerhalb von Beschlüssen verwendet.

tausend Euro öffentlicher Gelder überwiesen, ohne Beschluss, ohne Befassung des Gemeinderates und ohne Einbindung des Gemeindevorstandes. Das ist kein Formfehler und kein Missverständnis, sondern ein grundlegendes Problem unseres Bürgermeisters im Umgang mit demokratischen Zuständigkeiten. Über öffentliche Mittel kann und darf keine Einzelperson nach eigenem Gutdünken verfügen und entscheiden; auch dann nicht, wenn das Projekt

wohlklingend ist. Wer demokratische Spielregeln dauerhaft umgeht, verunmöglicht nicht nur ein konstruktives Miteinander, sondern handelt bewusst jenseits des rechtlichen Rahmens, der für den Umgang mit Steuergeldern verbindlich ist.

2025 wurden dem Keutschacher Steuerzahler auch die Parkgebühren verrechnet!

000-724000 Gewählte Gemeindeorgane						
Reisegebühren						
VH/EH: 2225 FH: 3225 VQ/RQ: 24 DK: 00S						
Buchung	ZW	Text	Rechnung	Zahlung	Rech. USt	Zahl
31.01.2025		Parken Bgm Oleschko 14.01.2025	6,50			
31.01.2025		Parkticket Vitaneum Bgm Olesch 30.01.25 Benediktinerr	16,00			
28.02.2025	39	Parken Bgm 14.01.2025		6,50		
28.02.2025	39	Parkticket Vitaneum 30.01.25 Benediktinermarkt		16,00		
28.03.2025	19	Löhne/Gehälter 04/25 LV27.03.	1.324,00	1.324,00		
30.04.2025		Parkticket Vitaneum 27.02.25 Benediktinermarkt	8,80			
16.05.2025	39	Parkticket Vitaneum 27.02.25 Benediktinermarkt		8,80		
26.06.2025	19	Löhne 07	1.200,00	1.200,00		
30.07.2025	19	Löhne/Gehälter 07/25 LV 30.07	677,50	677,50		
Gesamt			Ergebnis	Rechnung	Zahlung	Rech. USt
			Angezeigte Buchungen	3.232,80	3.232,80	3.232,80
			Konto	3.232,80	3.232,80	3.232,80

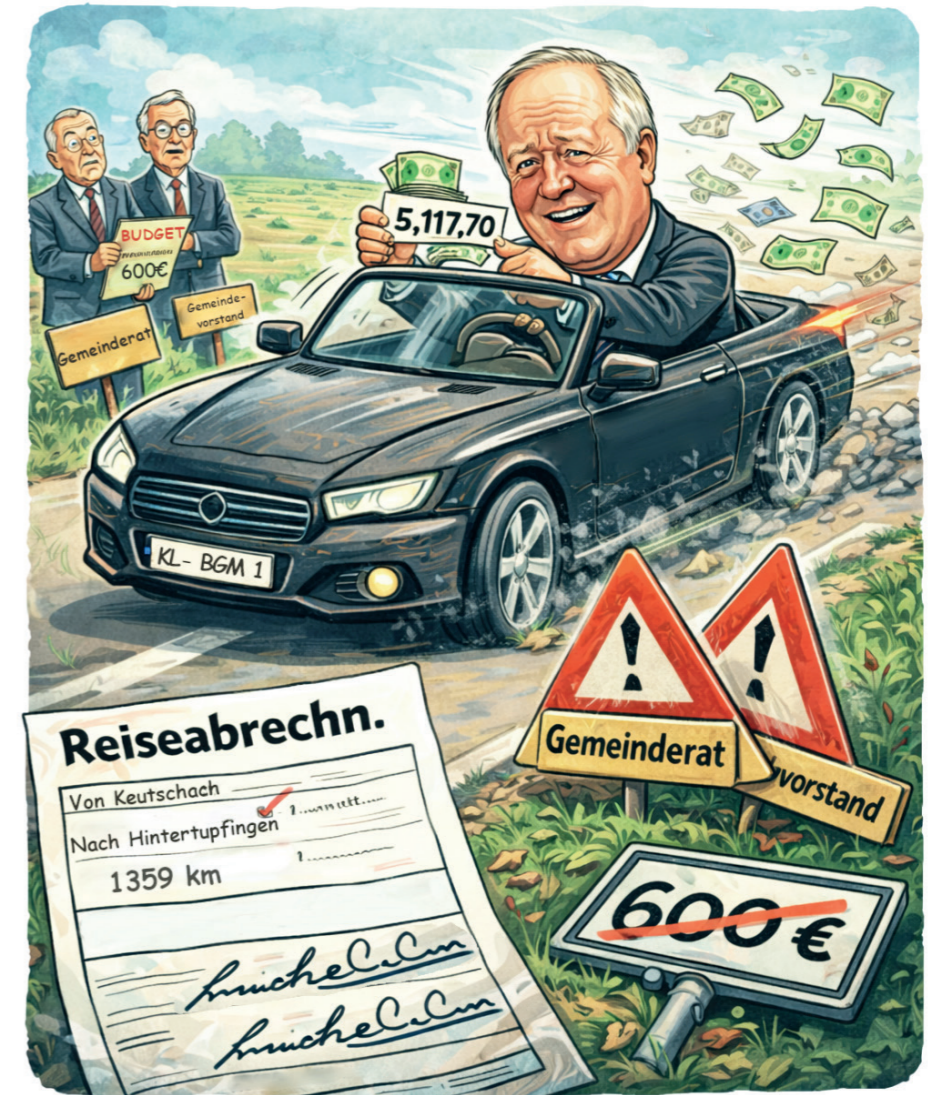
Unabhängig vom Projektinhalt kann hierbei wieder klar festgehalten werden: Erneut wurden mehrere

Gemeinderat? Überholt. Gemeindevorstand? Umfahren. Ordentliche Fahrtenbuchführung? Optional. Zumindest entsteht dieser Eindruck, wenn man sich die Reisegebühren des amtierenden Bürgermeisters im Jahr 2024 etwas genauer ansieht.

Im Jahr 2024 wurde vom Gemeinderat kein Voranschlag beschlossen. Damit kam automatisch die sogenannte Zwölfregelung zur Anwendung, wonach für das laufende Jahr jener Voranschlag gilt, der im Jahr 2023 beschlossen wurde. Für Reisegebühren öffentlicher Mandatare waren im Voranschlag 2023 insgesamt 600 Euro vorgesehen.

Tatsächlich wurden im Jahr 2024 jedoch Reisegebühren in der Höhe von insgesamt 5.117,70 Euro abgerechnet – und zwar ausschließlich vom Bürgermeister. Damit wurde die im geltenden Voranschlag vorgesehene Ausgabenhöhe um 4.517,70 Euro überschritten. Eine entsprechende budgetäre Grundlage für diese Mehrausgaben lag nicht vor.

Neben der deutlichen Überschreitung der vorgesehenen Mittel werfen auch die vorliegenden Reiseabrechnungen selbst Fragen auf. Die eingereichten Belege sind unvollständig und erfüllen nicht einmal die Minimalanforderungen an eine ordnungsgemäße Reisegebührenabrechnung. Angaben, die für Nachvollziehbarkeit und Kontrolle notwendig wären, fehlen teilweise oder sind unzureichend dokumentiert.



Mit Tempo am Budget vorbei

Besonders bemerkenswert sind zudem jene Abrechnungen, bei denen der Bürgermeister in Personalunion auftritt: Er fungiert sowohl als Antragsteller der Reisegebühren als auch als Unterzeichner im Feld der Amtsleitung (siehe unten!). Eine funktionale Trennung von Antrag und Kontrolle, wie sie im Sinne ordnungsgemäßer

Verwaltungspraxis geboten wäre, ist in diesen Fällen nicht erkennbar.

In der Gesamtschau entsteht damit das Bild einer Ausgabenpraxis, die sich weder an den geltenden budgetären Rahmen noch an grundlegende Anforderungen der Transparenz und Kontrolle hält.

23					0,00	0,00
24					0,00	0,00
25					0,00	0,00
26					0,00	0,00
27					0,00	0,00
28					0,00	0,00
29					0,00	0,00
30					0,00	0,00
31					0,00	0,00
T.					0,00	0,00
				Gesamt	648,82	648,82

22.10.2024 Unterschrift Mitarbeiter Unterschrift Amtsleitung



Bildung - das Werkzeug für ein gutes Leben

Neo-Landesrat Peter Reichmann im Portrait: Über die Bedeutung von Bildung und Demokratie

Mit einem breiten Strahlen, viel Optimismus und noch viel mehr Enthusiasmus gelobte der ehemalige Präsidielleiter der Bildungsdirektion für Kärnten, Peter Reichmann, am 23. Oktober, als neugewählter Landesrat „die Verfassung und die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und seine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Naheliegend, dass ihm das Bildungsreferat übertragen wurde. Darüber hinaus ist er künftig für die Kinder- und Jugendhilfe, für die Jugend, Generationen und Senioren, für den Klima- Natur- und Umweltschutz, die Parke, die Abfallwirtschaft und das Wasserrecht zuständig.

Brennt für die Verantwortung

Wie sehr er für seine neue Verantwortung brennt wurde schon bei der Entscheidung zur Kandidatur klar. „Als unser Landespartei-vorsitzender Daniel Fellner mir die große Frage stellte, war in derselben Sekunde klar, dass ich unbedingt in die Politik will“, erinnert sich Reichmann. Was

ihn zu einem guten Bildungsreferenten macht? „Ich wurde schon in der Arbeiterkammer mit der Leitung der Abteilung für Bildung, Jugend und Kultur betraut. Gewachsen ist meine Expertise dann als Präsidielleiter in der Bildungsdirektion. Ich freue mich sehr, mein Wissen jetzt auch als Mitglied der Kärntner Landesregierung einsetzen zu dürfen. Es ist mein ehrliches Ziel, die vielen positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre in diesem Bereich fortzuführen.“ Leuchtendes Beispiel ist für ihn das Projekt „MINTS Horizon“. Es zielt darauf ab, Kinder und Jugendliche für MINTS (Mathematics, Informatics, Natural Sciences, Technology und Sustainability) zu begeistern.

Bildung als Werkzeug

Dass Politik aber mehr als Verwalten ist, und den Mut zu Veränderungen erfordert ist ihm durchaus bewusst. „Die Herausforderungen sind heute ganz andere, als noch vor ein paar

Jahren. Ich verstehe die Bildung als einzige Möglichkeit, um die Menschen auf diese Herausforderungen vorzubereiten – ihnen die Chance zu geben, ein gutes Leben zu führen. Daher ist es mein erklärtes Ziel den

„Als unser Landespartei-vorsitzender Daniel Fellner mir die große Frage stellte, war in derselben Sekunde klar, dass ich unbedingt in die Politik will.“

LR Peter REICHMANN

Kärntnerinnen und Kärntnern mit einem maßgeschneiderten Bildungsangebot das entsprechende Werkzeug in die Hand zu geben“, so Reichmann. Die Anliegen und Wünsche der Kärntnerinnen und Kärntner werde er bei all seinen politischen Handlungen immer in den Vordergrund stellen. Möglichkeiten dafür sieht er in seinen Referaten viele. Und dennoch gibt es EIN Projekt, das ihm am meisten am Herzen liegt. „Das ist die Demokratie an sich. Ich bin absolut überzeugt davon, dass man sich für sie und damit für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft mit ganzem Herzen und vollem Engagement einsetzen muss. Ich freue mich, wenn mich auf diesem Weg möglichst viele Menschen begleiten!“

Der Kärntner Sanierungs-Euro – Energiesparen leicht gemacht

Ab 1. Jänner 2026 startet das Land Kärnten mit einem neuen Fördersystem, das Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern richtig Freude machen soll: dem „Kärntner Sanierungs-Euro“. Dahinter steckt eine einfache Idee – wer sein Zuhause saniert und damit Energie spart, wird belohnt. Und das ganz unkompliziert.

Gerade jetzt, wo draußen der Frost an die Fenster klopft und man es sich in der warmen Stube gemütlich macht, ist der Gedanke an die damit verbundenen Heizkosten nicht weit. Mit gezielten Sanierungsmaßnahmen kann man sie deutlich senken – und damit auch den Wert und Bestand des Eigenheims erhöhen. Genau hier setzt der Kärntner Sanierungs-Euro an: Er hilft, Heizkosten zu senken, die Umwelt zu schonen und gleichzeitig den eigenen vier Wänden neuen Glanz zu verleihen.

„Sanieren heißt Zukunft gestalten“

Wohnbaureferentin LHStv.ⁱⁿ Gaby Schaubig bringt es auf den Punkt:

„Energie, die wir gar nicht erst verbrauchen, ist die beste und günstigste. Jede Sanierung schützt das Klima, senkt die Heizkosten und sorgt für mehr Unabhängigkeit von Energieimporten.“

Auch Baukulturreferent LR Daniel Fellner sieht im Sanierungs-Euro weit mehr als nur eine finanzielle Unterstützung: „Baukultur ist kein Luxusprojekt, sondern eine Frage der Lebensqualität für alle. Wer bestehende Gebäude erhält, spart Ressourcen, schützt das Klima und bewahrt die Identität unserer Orte.“

Ob neue Fenster, bessere Dämmung oder eine moderne Heizung – das Land Kärnten fördert, was Energie spart und die Umwelt entlastet. Die neue Förderung errechnet sich ganz einfach: Ein Euro mal Energieeinsparung mal beheizte Fläche – fertig.

Und: Nicht nur Komplettsanierungen, sondern auch Einzelmaßnahmen sind möglich. Wer also heuer die Fenster tauscht und nächstes Jahr das Dach dämmt, profitiert Schritt für Schritt.

Wer also im neuen Jahr an die Sanierung seines Eigenheims denkt, kann sich doppelt freuen: auf ein wärmeres, schöneres Zuhause und auf spürbare Förderungen. Oder, wie Schaubig und Fellner gemeinsam sagen: „Wer sein Zuhause saniert, stärkt nicht nur das eigene Haus – sondern das ganze Land.“ Und wenn das kein guter Vorsatz fürs neue Jahr ist!

DER KÄRNTNER SANIERUNGS-EURO IM ÜBERBLICK

Start: 1. Jänner 2026

Förderprinzip:

1 € × Energieeinsparung (kWh/m²/a) × beheizte Fläche = Förderung

Beispiel:

Ein Haus mit 120 m² verbessert seinen Heizwärmebedarf um 50 kWh/m²/a → 1 × 120 × 50 = 6.000 Euro Förderung

Fördergrenzen:

- Maximal 120 m² bei Einfamilien- und 180 m² bei Zweifamilienhäusern (Ist das Haus größer, wird trotzdem gefördert – aber nur bis zu dieser Fläche)
- Mindestens 10 kWh/m²/a Energieeinsparung erforderlich

Boni:

- Energieeffizienz-Bonus: +5.000 € bei Verbesserung ≥110 kWh/m²/a auf ≤50 kWh/m²/a
- Denkmalschutz-Bonus: +10 % der Basisförderung
- Energieausweis-Bonus: +500 € bei Vorlage von Bestands- und Fertigstellungsenergieausweis

Weitere Förderungen:

- Heizungstausch (fossil → erneuerbar): 3.000 € + 1.500 € Solarbonus
- Barrierefreies Wohnen: 50 % der Kosten, max. 40.000 €
- Altobjektkauf: bis zu 37.500 € Förderung

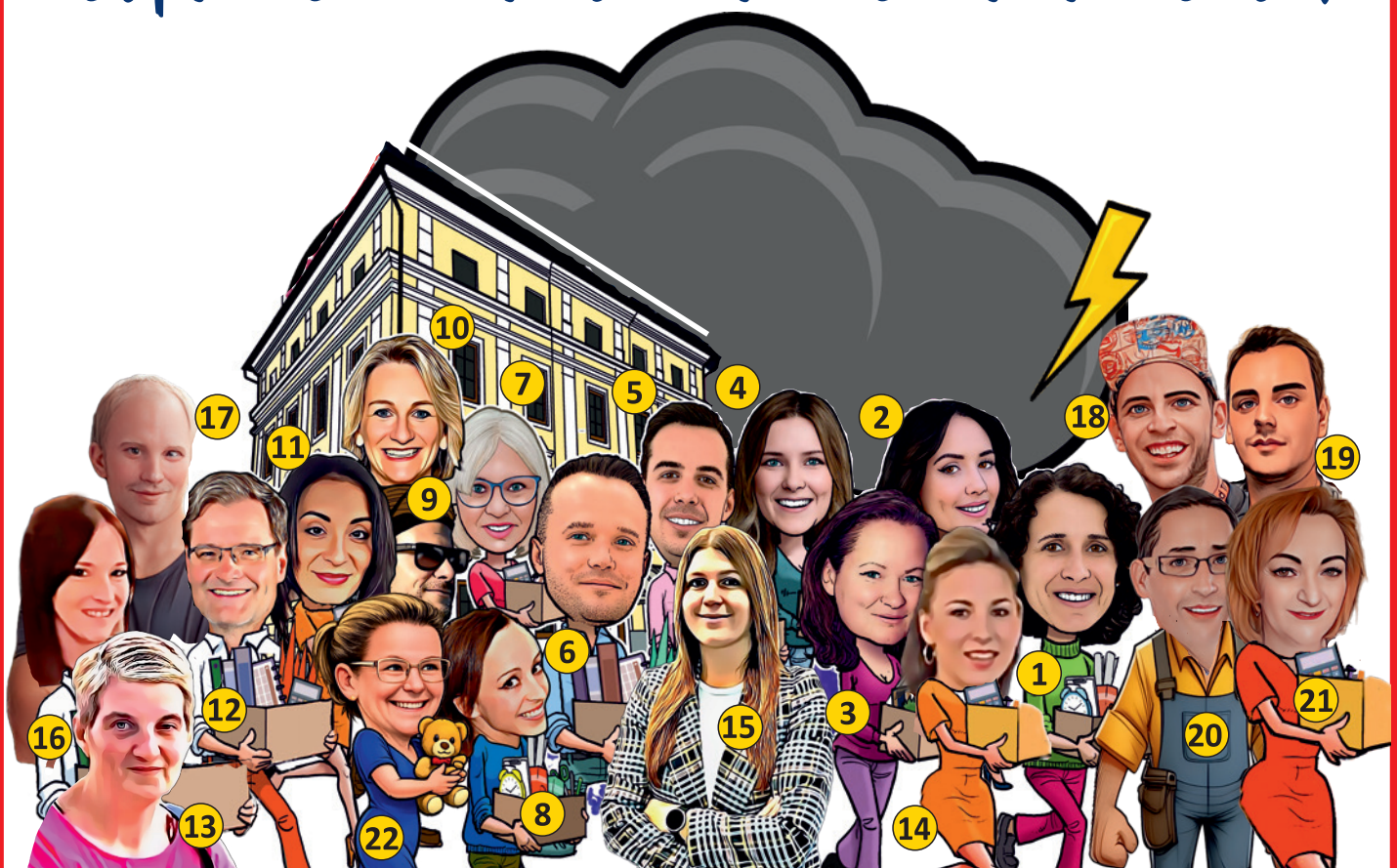
Antragstellung:

Online, nach Abschluss der Maßnahme – einfach, flexibel und digital. Mit der Sanierung darf erst NACH dem 1. 1. 2026 begonnen werden!



Foto: Helige Bauer

Unserer Gemeinde laufen nach wie vor die Mitarbeiter davon!



- | | | | | |
|----------------------------|-----------------------|--------------------------|----------------------------|---|
| 1 Mag. Marlies Peck | 6 Mag. Gregor Horn | 11 Mag. Isabella Winkler | 16 Bettina Spitzer | 21 Renate Höbart |
| 2 Chiara Kalista | 7 Sabine Dörflinger | 12 Karl Dovjak | 17 Manfred Wilms | 22 Gabriele Legat |
| 3 Sabine Pušnik | 8 Mag. Birgit Pieschl | 13 Gerda Jansche | 18 Ing. Martin Tschöschner | ... und andere, bildlich und
namentlich nicht erwähnte
Personen |
| 4 Christina Reinsperger BA | 9 Christian Malle | 14 Sandra Schaschl | 19 Manuel Nolic | |
| 5 Thomas Haimburger BSc | 10 Mag. Liane Oswald | 15 Tanja Bierbaumer | 20 Ing. Klaus Hartung | |

Wie bereits in den letzten Jahren in unserer SPÖ-Gemeindepost berichtet, braucht eine gut geführte Gemeinde in allen Bereichen (Verwaltung, Bauhof, Betriebe, Kindergarten, Volksschule) qualifizierte und kompetente Mitarbeiter.

Jeder von uns weiß, wie wichtig in jedem Betrieb die Führungsqualität des Hauptverantwortlichen für die Mitarbeiter ist – im Falle der Gemeinden ist es der Bürgermeister, die Bürgermeisterin.

Der ständige Mitarbeiterwechsel bringt große Unruhe in die Gemeinde und auch die Qualität der Gemeindeverwaltung für die Bürger:innen von Keutschach ist nicht mehr in der gewohnten Form gewährleistet!

Schlechte Chefs machen ihre Mitarbeiter:innen nicht nur krank. Sie verhindern auch, dass sie so gut arbeiten, wie sie können. Viele, vor allem jüngere Mitarbeiter:innen wechseln - als Folge davon - den Arbeitsplatz.

Das ist in Wahrheit eines der Hauptprobleme in der Gemeinde Keutschach am See.